

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/175

Bad Godesberg, den 13. September 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2a Deutschlandpolitik als innenpolitisches Problem 120

Von Bruno Friedrich,

Direktor der Heimvolkshochschule Frankenwarte in Würzburg

3 Harte Auseinandersetzungen um Bayerns Schulen 50

Der Sinn des CSU-Volksbegehrens

4 Vor 25 Jahren - Stalingrad 49

Das deutsche Desaster an der Wolga.

5 Republikflucht von Intelligenzlern 50

Prager Kriminalität: "Blüht der Weizen der Diebe?"

Von Igor Valentin, Prag

* * *

*

Deutschlandpolitik als innenpolitisches Problem

Von Bruno Friedrich

Die Deutschlandpolitik der Großen Koalition wird bisher fast nur unter außenpolitischen Aspekten betrachtet. In einem Staat, dessen Bevölkerung 15 Jahre lang mit Glaubensbekenntnissen und nicht mit rationalen Überlegungen auf den Weg zur nationalen Einheit geschickt worden ist, wird Deutschlandpolitik auch zum innenpolitischen Problem. Gegenwärtig vollzieht sich bei uns der schmerzhafteste Wechsel weg vom Glauben an Wiedervereinigung hin zur Politik für die Wiedervereinigung. Betroffen sind besonders jene, die, berechnend oder naiv, Wiedervereinigung als Lohn eines politischen Glaubensaktes versprochen haben.

Wiedervereinigung erleben wir bestenfalls als Ergebnis eines langwierigen Entspannungsprozesses in Europa. Bis dahin müssen wir ein geordnetes Nebeneinander in Deutschland und Europa anstreben. So definierte die Sozialdemokratie im Juni 1966 auf dem Parteitag in Dortmund die Situation in der Deutschlandpolitik.

Konsequenzen aus der neuen Politik !

Die Große Koalition wird kaum Glaubwürdigkeit erlangen, wenn innerparteiliche Motive für einige CDU-Anhänger der Anlaß sind, den Übergang von alten zu neuen Positionen der Deutschlandpolitik mit der Bemerkung zu kaschieren, es gehe nur um Modifikationen, also um das im Dampfbad vollzogene Umpressen eines abgetragenen Kutes. Für die Sozialdemokratie war die Übernahme des Außenministeriums und des Ministeriums für Gesamtdeutsche Fragen durch ihren Vorsitzenden und dessen Stellvertreter ein politisches Programm. Kiesinger wird sich keine Illusionen machen: Niemals würde die Sozialdemokratie eine Rückwärts-Interpretation der Regierungserklärung hinnehmen. Im Gegenteil. Es ist an der Zeit, im Zusammenhang mit einer neuen, langfristig angesetzten Deutschlandpolitik auch ihre innenpolitischen Konsequenzen zu diskutieren. Erbarmungslos nüchtern haben wir die Fragwürdigkeit bisher gültiger Bewußtseinsinhalte zu untersuchen; denn die deutsche Frage als innenpolitisches Problem ist vor allem die Frage nach dem politischen Bewußtsein der Deutschen, ist die Frage nach unserer nationalen Substanz, ist die Frage nach dem politischen Ziel und der zur Erreichung dieses Ziels einsetzbaren politischen Mittel.

Unglück oder Dilemma der deutschen Politik im 20. Jahrhundert war durch alle Regierungssysteme hindurch, daß die vorhandenen Kräfte nicht ausreichten, um die angestrebten politischen Ziele zu erreichen. Der Glaube an Deutschland hatte den Glauben an die Vernunft in der deutschen Politik zu ersetzen. Bewußtseinskrisen der Deutschen waren die ständige Folge.

Es ist nicht schwer, Anhaltspunkte zu finden, die darauf hinweisen, daß die von Adenauer zu verantwortende, unter Erhard, Schröder und Konrad Adenauer zutage tretende Isolierung der deutschen Politik mit auf diese klassische Verhaltensweise zurückzuführen ist. Die Folgen sind noch nicht überstanden.

Frustration droht

Auf ein nicht erreichbares Ziel hin geprägtes politisches Bewußtsein kann - auch bei uns - zu dem führen, was moderne Theoretiker der Außenpolitik, die psychologische Verhaltensweisen der Völker in ihre Un-

tersuchungen einbeziehen, als auslösenden Faktor unkontrollierbarer Krisen erkannt haben. Wird das Erreichen eines für erreichbar gehaltenen Zieles vereitelt, so erfolgt häufig ein Abgleiten der Rationalität in irrationale Stimmungen, im Englischen "frustration" genannt. Wer also meint, es komme in der Anfangsphase der Großen Koalition nur darauf an, ausreichende Informationen zu vermitteln, der wird das Problem der Bewußtseinsbildung zur Deutschlandpolitik nur an der Oberfläche berühren. Nach wie vor werden in der politischen Bildungsarbeit Lesebücher, Lehrpläne, Lehrbücher, Vortragstexte einer sich in bloßem Antikommunismus erschöpfenden Epoche der Deutschlandpolitik verwendet.

Der Versuch, die Deutschlandpolitik der Bundesregierung in der politischen Bewußtseinsbildung zu aktualisieren, aktualisiert die Schwächen unserer politischen Bildungsarbeit.

Sterilität der politischen Bildung

Politische Bildung in der Bundesrepublik hat sich, durchaus dem Zuge der Zeit folgend, weit draußen, ab vom Lärm der Gesellschaft, in der reinen Luft der Theorie, in einem Einfamilienhaus niedergelassen, umgeben von Hecken, die den politischen Tageslärm dämpfen, angrenzend an zwei Straßen, über die Lieferanten und Kundschaft das Haus betreten. Das Namensschild der einen Straße lautet "Straße der Verfassung und Institutionen", das Schild der anderen Straße "Wege zum DIAMAT". Verfassungskunde, mehr Unterricht über staatliche als gesellschaftliche Institutionen, Hinweise auf die Notwendigkeit einer guten staatsbürgerlichen Gesinnung und zugleich Hilflosigkeit gegenüber den Erscheinungsformen des Parteienstaates, mit einer Literatur, die sich in formaler Institutionskunde und in der Empfehlung demokratischer Tugenden erschöpft, das sind die Realitäten unserer politischen Bildung, wie sie, nicht überall, doch allgemein praktiziert wird.

Dem so vermittelten statischen und konservativen Bild einer demokratischen Gesellschaft wird ein ebenso starres Schema der totalitären kommunistischen Gesellschaft gegenübergestellt, die so, wie sie dargestellt wird, systeminanter Veränderungen, einer Wandlung vom Totalitären zum Autoritären, kaum fähig sein dürfte. Werden aber Änderungen festgestellt, dann werden sie eilig nur ideologisch interpretiert. So sprach die Gattung der Sowjetologen vom "Polyzentrismus" des Kommunismus, als sich Spaltungstendenzen abzeichneten, ohne zu erkennen, daß es sich um die simple Rückkehr zur Politik der nationalen Interessen handelte, d.h. die pure antikommunistische Gegenideologie, die faszi- niert auf die Ideologie starre, war unfähig, Phänomene im kommunistischen Herrschaftsbereich zu erkennen, auf die die kommunistische Ideologie keine Antwort weiß und die sie deshalb ideologisch verfälschen muß. Die Antikommunisten bei uns fälschen fleißig mit.

Ideologie ist nicht alles

Sicher trägt das in den letzten 15 Jahren in der Bundesrepublik vermittelte Totalitarismus-Bild dazu bei, den Kommunisten aus dem Wege zu gehen. Mittel und Möglichkeiten eines Gesprächs in Hinblick auf eine deutsche Friedenspolitik, mit dem Ziel einer europäischen Annäherung und einer innerdeutschen Koexistenz bis zur Möglichkeit der Wiedervereinigung, kann diese Art politischer Bildung nicht geben.

Die allein auf die ideologische Ebene reduzierte Auseinandersetzung führt an den meisten Fragen der gegenwärtigen politischen Diskus-

sion vorbei in die Vergangenheit. Kurz: Wir dürfen nicht vergessen, daß außer SED-Mitgliedern in Mitteldeutschland fast zwanzig Millionen Deutsche leben, ferner, daß deutsche Kommunisten nicht nur Kommunisten, sondern auch Deutsche sind. Wir sollten nicht nur Broschüren drucken, wie man mit Kommunisten diskutiert, sondern auch darüber schreiben, wie man mit Menschen spricht, die unter dem Kommunismus leben.

Was wissen wir darüber, wie die Menschen in Mitteldeutschland ihr Leben eingerichtet haben, so daß es ihnen lebenswert erscheint? Wir analysieren die Wirtschaftspläne der Kommunisten, aber wir fragen nicht danach, wie der Arbeiter im Betrieb lebt: eine Frage, die der Kumpel aus Mühlheim beim Verwandtenbesuch in Dessau wohl zuerst stellen wird. Nehmen wir zur Kenntnis, was sich in der DDR an Literatur entwickelt hat, die nicht nur kommunistische, die auch deutsche, auch europäische Literatur ist. Denn wäre sie nur kommunistische Literatur, dann wäre dies die Bestätigung der SED-These vom sozialistischen Vaterland. Politische Bildung bedeutet eben nicht nur Auseinandersetzung um Wertpositionen, sie bedeutet auch fundierte Vermittlung der sozialen, geistigen und politischen Wirklichkeit.

Mehr als bisher muß die konkrete Entwicklung der Gesellschaft, nicht das, was aus kommunistischen Lehrbüchern als Gesellschaft von Anti-Ideologen abstrahiert wird, in der politischen Bildung vermittelt werden. Wir haben die sozialen und geistigen Bedingungen menschlichen Daseins in der DDR der Wirklichkeit entsprechend darzustellen. Wir brauchen die Möglichkeit, sich ohne eine Sondergenehmigung des Staatsanwaltes mit Originalliteratur und Originalzeitungen aus der DDR zu befassen. Wir müssen das aushalten, denn Wiedervereinigung bedeutet, eines Tages mit fast zwanzig Millionen Deutschen zusammenzuleben, die mehr als nur LPG-Eier, HO-Kaffee und ein zum Frühstück serviertes "Neues Deutschland" hinzunehmen hatten.

+ + +

"Dieser neuen Politik fehlt also bisher die Unterstützung durch die Unionsparteien, ihr fehlt das entschiedene öffentliche Wort Kiesingers - sie muß sich paradoxerweise ohne einen parallellaufenden Prozeß des Undenkens sogar vor bescheidenen Erfolgen fürchten. Ein britischer Kommentator hat vor einigen Tagen die anhaltende begrenzte Bonner Manövrierfähigkeit in Verbindung gebracht mit dem Umstand, daß die CDU wie eh und je eine lose und knarrende Allianz ungleichartiger Fraktionen sei. War es etwas anderes als eine Kapitulation vor dieser Tatsache, daß einer ihrer Kanzler, Adenauer, den Ansatz zur Wahrheit einmal zwar fand - wir müssen die Rechnung für den verlorenen Krieg erst noch bezahlen -, später freilich nie mehr darauf zurückkam? Nach dem mit sich zufriedenen Erhard ist nunmehr Kiesinger an der Reihe, seine Partei auf die Linie seiner Politik zu bringen.

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG

+ + +

Harte Auseinandersetzungen um Bayerns Schulen

Der Sinn des CSU-Volksbegehrens

Rw. - Es war zu erwarten, daß die alleinherrschende CSU bei den anstehenden zwei Volksbegehren über die konfessionelle Gestaltung der bayerischen Volksschulen auch verwaltungspolitisch ihre Vorteile wahren werde. So kommt es denn, daß die Eintragungsfristen für das Volksbegehren sich überschneiden. Die Sozialdemokraten dürfen vom 3. Oktober an aufrufen, sich für ihren Vorschlag, die christliche Gemeinschaftsschule zur Regelschule zu machen, einzutragen, und die CSU beginnt in der Mitte des Monats das Gleiche. So ergibt sich für vierzehn Tage die Möglichkeit vieler Mißverständnisse, denn es ist nicht so leicht, den Unterschied der beiden Texte auseinanderzuhalten, wenn ein Werber die Sache einfachen Gemütern erklärt, die sich bis dahin mit der überkomplizierten Materie, bayerische Volksschulen wie sie sind und wie sie sein sollten, noch nicht auseinandersetzen.

Der bayerische Ministerpräsident Coppel war seltsamerweise noch garnicht unterrichtet, als die SPD Vorstellungen erhob. Zu gleicher Zeit aber konnte man es bereits im Bayerischen Staatsanzeiger lesen, daß die Eintragungsfrist für das CSU-Volksbegehren bereits am 16. Oktober beginnt.

Ein ehemaliger Unterrichtsminister Dr. Dr. Alois Hundhammer hat klargestellt, was die CSU mit ihren Gegen-Volksbegehren letztendlich will. Es geht darum, "die konfessionelle Erziehung der Kinder in dem weitestgehenden noch möglichen Ausmaß zu wahren..." Das soll dadurch geschehen, daß man nicht die Schulen konfessionell trennt oder von Gemeinschaftsschulen säuberlich scheidet, sondern innerhalb der Schulen Klassen verschiedener Konfession zulassen will. Diese sonderbare Idee wird nun sogar von dem gewiß nicht freigeistig orientierten Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverband als in der Praxis kaum durchführbar abgelehnt.

Das Volksbegehren ist jedoch nur eine Vorstufe. Jede der beiden "Schul"-parteien muß genügend Stimmen aufbringen, damit es dann zum Volksentscheid kommt. Da niemand daran zweifelt, daß die Mehrheitspartei CSU, aber auch die SPD in Bayern mehr als zehn Prozent der Wahlberechtigten zur Eintragung für das jeweilige Volksbegehren aufbringen wird, ist man auf die darnach folgenden Auseinandersetzungen sehr gespannt. Das erste Volksbegehren der SPD muß nach spätestens drei Monaten dem Landtag vorgelegt werden. Dort wird die Mehrheit den Antrag der SPD ablehnen. Mithin kommt es hier zum Volksentscheid. Da bei dem CSU-Volksbegehren die Landtagsmehrheit aber sicherlich ihren eigenen Text zustimmt, wird ein entsprechendes Gesetz verabschiedet, das dann mit dem SPD-Vorschlag zur Abstimmung kommt, voraussichtlich im April oder Mai 1968.

Die Stellung konfessionell gebundener Kreise ist keineswegs so eindeutig, wie es die CSU gerne sehen würde. So sagte Prälat Meier vom Münchener Ordinariat, "maßlose Kritiksucht" habe nicht nur die Presse, sondern sogar einen Teil des Katholizismus erfaßt. Seine Geschlossenheit sei bedroht. Auf die bayerische Schulfrage bezogen, kann man daraus folgern, daß es praktizierende Katholiken gibt, die ihre Kinder in einer gemeinsamen Schule besser aufgehoben wissen, als in der neuerdings propagierten christlichen Schule, in der die Klassenzimmer durch konfessionelle Schranken voneinander abgetrennt werden sollen.

Vor 25 Jahren - STALINGRAD

Das deutsche Desaster an der Wolga

W.R. - Im September 1942 stürmten deutsche Divisionen aus den Stellungen am Don auf die Wolga zu. Wie eine Riesenfaust drohte die deutsche Front dem Land den Lebensnerv, die Wolga, zu zerschlagen. Reste von kleinen sowjetischen Kampftruppen krallten sich verzweifelt an die in Trümmer gegangene Stadt Stalingrad. Die Gefahr, endgültig vom westlichen Ufer vertrieben zu werden, stellte das sowjetische Oberkommando vor schwierige Probleme.

Der deutsche Vorstoß bis Stalingrad war jedoch ein Pyrrhussieg. Im großen Donbogen, im Nordwesten der Stadt, wurden vor rumänischen und italienischen Divisionen starke sowjetische Truppen konzentriert. Während Hitler und sein militärischer Führungsstab, ungeachtet dieser Konzentration, den Sieg über die Sowjetunion schon verkündeten, durchbrachen diese Truppen im ersten Anlauf die Linien und stießen nach dem Süden vor. Aus dem Raum Stalingrad, im Süden der Stadt, brachen gleichzeitig weitere starke sowjetische Kampfverbände durch die deutschen Linien nach dem Nordwesten. Beide Kampfgruppen vereinigten sich westlich von Stalingrad und umschlossen die Stadt mit einem stählernen Ring. Die sechste Armee mit 22 Divisionen und über 330 000 Soldaten war eingekesselt und verteidigte die Stadt. In Verkennung des tatsächlichen Kräfteverhältnisses verweigerte Hitler mit seinem militärischen Führungsstab den Ausbruch der Armee aus dem Kessel. Diese Militärs lebten in der illusionären Auffassung, daß der ausgeblutete Gegner eine letzte vergebliche Kraftanstrengung vornehme. Aus Prestige Gründen mußte die Stadt gehalten werden. General Hoth erhielt Befehl, von der Kaukasusfront nach Stalingrad vorzustoßen. Während Hoth sich auf 50 Kilometer herangekämpft hatte, brach eine neue Katastrophe herein. Ein neuer sowjetischer Durchbruch zwang die deutsche Führung, Hoths Kampfverbände schnellstens zurückzunehmen, da ihnen selbst die Einkesselung drohte.

Die Westfront fiel 200 und mehr Kilometer zurück. Des Schicksal von über 300 000 Soldaten war damit besiegelt. Göring, der in völliger Verkennung der Gegebenheiten, "seinem Führer" die Sicherstellung des Nachschubs durch die Luftwaffe - gegen den Rat von Offizieren - zusagte, konnte die notwendigen 600 Tonnen, die täglich eingeelogen werden mußten, nicht in die Stadt bringen. Die Flugzeugverluste überstiegen die Kraft der Luftwaffe - die eingeschlossene Armee verblutete, verhungerte und erfrohr.

Der Oberkommandierende, General-Oberst Paulus, fand nicht den Mut zur rechten Zeit den sinnlos gewordenen Kampf einzustellen. Im Februar 1943 ergab er sich mit seinem Stab und hinter ihm blieb das Chaos zurück. Von den 300 000 Soldaten gingen über 90 000 Kranke, Verwundete, halberfrorene und halb verhungerte Männer in die Gefangenschaft.

Mit dem Untergang der 6. Armee wendete sich das Kriegsglück. Der politische und militärische Abenteuerer Hitler konnte die geschlagenen Lücken nicht wieder auffüllen. Die folgenden Rückzugskämpfe zögerten den unvermeidlichen Untergang des Reiches nur hinaus. In Stalingrad und an Stalingrad zerbrach nicht nur der Nimbus einer Armee, die als unüberwindlich galt, hier veränderte sich auch das Gesicht der Welt. Die Sowjetunion konnte mit ihrem Sieg den Anspruch als Weltmacht erheben. Sie veränderte das politische-Gesicht Europas entscheidend.

Republikflucht von Intelligenzlern

Prager Kriminalität: "Blüht der Weizen der Diebe?"

Von Igor Valentin, Prag

In einer Kritik der Prager Kriminalität in den Jahren 1962 bis 1967 kam die LIDOVA DEMOKRACIE zu der Schlußfolgerung, die Zahl der "strafbaren Handlungen der Republikflucht" habe sich erhöht. Bis auf wenige Ausnahmen sei die Republikflucht in der Weise erfolgt, daß "unsere Bürger Erholungs- oder Dienstreisen dazu ausgenutzt haben, ohne Bewilligung im Ausland zu bleiben". Grundsätzlich gehe es nicht so sehr um die Zahl dieser Flüchtlinge, als um die Tatsache, daß es sich "in bedeutendem Maße um Angehörige der technischen Intelligenz, um Ärzte sowie um wissenschaftliche und Forschungsarbeiter gehandelt habe".

Das hervorstechendste Merkmal der Prager Kriminalität faßt die genannte Prager Tageszeitung in der Frage zusammen: "Blüht der Weizen der Diebe?" Denn: Im vergangenen Jahr bezogen sich 40 Prozent aller Kriminalfälle in Prag auf Diebstähle; insbesondere auf "Diebstähle von Eigentum im sozialistischen Besitz". Dabei sind nach Ansicht der Zeitung bei weitem nicht alle Fälle aufgeklärt und vor Gericht verhandelt worden, denn man stelle immer wieder Unzulänglichkeiten bei der Sicherung und bei der Buchungsevidenz dieses Eigentums fest.

Am meisten betroffen sind beim "Diebstahl von sozialistischem Eigentum" der Handel, das Gaststättengewerbe und die öffentlichen Dienste. Allein auf diesem Sektor wurden im Vorjahr in Prag 800 Personen verfolgt und 408 vor Gericht gestellt. Dabei wurde im zweiten Halbjahr eine Schadenssumme von 1,27 Millionen Kronen festgestellt; während in der Industrie, im Baugewerbe und im Bereich des Verkehrs nur 1,13 Millionen Kronen "abhanden" gekommen sind. Im Baugewerbe wurde nicht nur Baumaterial, wie Zement, Ziegel und Sand, mitgenommen, in der letzten Zeit fand auch technisches Material, wie Heizkörper, seine "Interessenten". Baumaterial gibt es oft wenig, die Versuchung ist also groß. Dieses Ausplündern des sozialistischen Eigentums wird von der Presse als die vorrangigste Problematik der Kriminalität in Prag bezeichnet.

An zweiter Stelle der Prager Kriminalität stehen die strafbaren Handlungen gegen das Leben und die Gesundheit anderer. Ihre Zahl ist von 1.453 (im Jahresdurchschnitt 1962 bis 1965) auf 1.535 gestiegen und umfaßt vor allem Bedrohungen der Gesundheit anderer aus Unachtsamkeit. Die Zahl der Morde ist stark gestiegen, von acht im Jahr 1965 auf 19 im Vorjahr. Dagegen ist die Zahl der (öffentlichen) Raufereien zurückgegangen und zwar von 140 im Jahr 1965 auf 85 im Vorjahr. Hier hat es sich bewährt, daß die Polizei bei jedem öffentlichen Ärgernis schneller eingreift als in früheren Jahren, weil sie rascher herangeholt werden kann. Während selbst die Gewohnheitsrauferei sie zu fürchten gelernt haben, scheint sie dagegen den Prager Dieben nicht zu imponieren. - Sehr problematisch ist schließlich bei der Bekämpfung der Prager Kriminalität die für eine Volksdemokratie nicht besonders erfreuliche Erfahrung, daß man der Rückfälligkeit trotz des - wie man überzeugt ist - erzieherischen Strafvollzugs nicht Herr werden kann. Im Gegenteil, die Rückfälligkeit nimmt von Jahr zu Jahr zu und hat bereits die Frage aufgeworfen, was denn mit dem derzeitigen Strafvollzug nicht in Ordnung sei. Im vergangenen Jahr war in Prag insgesamt gegen 6.172 Personen Anklage erhoben worden - davon waren mehr als 40 Prozent Rückfällige. Als noch trostloser bezeichnen es die Zeitungen, daß unter diesen Rückfälligen auch die Zahl der Jugendlichen ständig im Zunehmen begriffen ist.